



Selbstbewusst für Thüringen

Beschluss des Parteitages der SPD Thüringen am 30. Oktober 2004 (Bad Langensalza)



Die SPD muss verlorenes Vertrauen zurückgewinnen.

Das hat sich bei verschiedenen Landtags- und Kommunalwahlen überall in Deutschland gezeigt. Gerade die Landtagswahl vom 13. Juni 2004 war für die SPD Thüringen eine bittere Enttäuschung. Wieder sind wir nur die drittstärkste Kraft im Thüringer Landtag. Von der weit verbreiteten Proteststimmung gegen die Politik der Bundesregierung hat vor allem die PDS profitiert.

Die SPD Thüringen zieht klare Konsequenzen aus den bitteren Niederlagen bei den Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen.

Dazu bedarf es einer konsequenten Ausrichtung unserer Politik auf die anstehenden Aufgaben. Unser Ziel: Wir wollen 2006 bei den Wahlen der Landräte, der hauptamtlichen Bürgermeister und Oberbürgermeister, aber auch bei den Bundestagswahlen wieder erfolgreich sein.

Dafür wollen wir mit diesem Parteitag die notwendigen inhaltlichen und personellen Entscheidungen treffen.

I. Soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen

Der Kampf um soziale Gerechtigkeit ist der Kern sozialdemokratischer Politik. Dafür wollen wir als Thüringer SPD klar und deutlich eintreten. Das erwarten unsere Mitglieder und Wähler.

Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland akzeptiert, dass unser Land Veränderungen braucht, um auch in Zukunft wirtschaftlich erfolgreich zu sein und unseren Lebensstandard aufrechterhalten zu können. Der Bundesregierung ist es aber mit ihren Reformprojekten bisher nicht gelungen, die Zustimmung dieser Mehrheit zu gewinnen.

Die Thüringer SPD trägt die notwendigen Reformen der sozialen Sicherungssysteme grundsätzlich mit, weil sie letztendlich über die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und damit über unseren eigenen Wohlstand und über den unserer Kinder entscheiden.

Wir treten als Thüringer SPD dafür ein, dass es bei notwendigen Veränderungen der sozialen Sicherungssysteme gerecht zugeht. Wir werden Reformen, die zur Ausgrenzung und sozialem Abstieg für große Teile der Gesellschaft führen, entschieden entgegnetreten. Wir stellen uns auf die Seite der Schwächeren und kämpfen mit ihnen um Mehrheiten für eine gerechte und solidarische Politik.

Wesentliche Eckpunkte sind dabei für uns:

- Wir wollen, dass große Vermögen stärker zur Finanzierung gesellschaftlicher Aufgaben beitragen. Es kann nicht sein, dass die großen Einkommen und Vermögen nicht an der Konsolidierung der sozialen Sicherungssysteme beteiligt werden. Dazu muss die Erbschaftssteuer neu gestaltet und über die Vermögenssteuer neu nachgedacht werden.
- Eine weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes, wie sie für 2005 beschlossen ist, lehnen wir ab. Wenn viele Arbeitslose durch die Arbeitsmarktreform

Einschnitte hinnehmen müssen, kann nicht gleichzeitig die Steuer für gut Verdienende weiter abgesenkt werden. Das widerspräche unserer Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit.

- Rentensystem und Krankenversicherung müssen künftig so ausgestaltet werden, dass möglichst alle in die Finanzierung der sozialen Sicherung einbezogen werden. Wir wollen eine Bürgerversicherung.
- Auf unseren ostdeutschen Erfahrungen aufbauend, starten wir eine Initiative für die bundesweite Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen. Ohne eine solche Regelung werden immer mehr Menschen – gerade in Ostdeutschland – in niedrigste Löhne abgedrängt. Die soziale Grundsicherung der Menschen in den neuen Ländern muss der sozialen Grundsicherung der Menschen in den alten Bundesländern angeglichen werden.
- Wir sind gegen eine Erhöhung der Wochenarbeitszeiten und die Streichung von Feiertagen. Beides würde nur die Bedingungen von Arbeitnehmern, insbesondere von Familien, verschlechtern, ohne auf der anderen Seite zu mehr Beschäftigung zu führen. Tatsächliche Impulse für mehr Beschäftigung können stattdessen von neuen Arbeitszeitmodellen ausgehen, die die vorhandene Arbeit besser verteilen. Kündigungsschutz und Mitbestimmung dürfen dabei nicht verloren gehen.

SPD und Gewerkschaften müssen wieder konstruktiv zusammenarbeiten. Die SPD braucht die Gewerkschaften als wichtigen gesellschaftlichen Partner. Die Thüringer SPD wird das in ihren Möglichkeiten liegende tun, um hier im Land die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften positiv zu gestalten.

Der Landesverband, seine regionalen Gliederungen, Foren und Arbeitsgemeinschaften werden sich aktiv in die Debatte um das neue Grundsatzprogramm der SPD einbringen. Die Diskussion wird offen und unter Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen geführt.

Die SPD Thüringen wird die Zusammenarbeit mit den anderen ostdeutschen SPD-Landesverbänden verstärken.

II. Selbstbewusst unsere Interessen vertreten

Die Unterschiede zwischen Ost und West sind mit der Reformdebatte wieder spürbarer geworden. Deshalb werden wir entschieden dafür kämpfen, dass der weitere Aufbau der neuen Länder die notwendige Anerkennung und Unterstützung bekommt.

Die finanziellen Zuwendungen des Bundes für den Aufbau in den neuen Bundesländern dürfen nicht beschnitten werden. Das gilt für die Wirtschaftsförderung genauso wie für den Solidarpakt II insgesamt.

Die Arbeitsmarktreformen bedeuten einen tiefgreifenden Strukturwandel in der Sozialpolitik. Viele Menschen sind durch diese Reformen verunsichert. Die SPD Thüringen nimmt diese Signale ernst. Deshalb werden die Thüringer Sozialdemokraten für eine Politik werben, in der soziale Gerechtigkeit eine Zukunft hat. Nur tatenlos einem weiteren Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit zuzuschauen, kann nicht die Lösung sein. Eine Politik, die endlich wieder mehr Arbeitsplätze schaffen will, bedeutet nicht das Ende des Sozialstaates. Die Arbeitsmarktreform bringt in den neuen Ländern

– aber auch in strukturschwachen Gebieten der alten Länder – besondere Härten mit sich. Diese gilt es zu mindern. Deshalb wird sich die Thüringer SPD dafür einsetzen, dass die Arbeitsmarktreformen auf die spezifischen Gegebenheiten der neuen Länder Rücksicht nimmt.

Für uns ist Politik moralisch und legitim, wenn sie bei den harten Einschnitten in das soziale Netz den betroffenen Menschen gleichzeitig solche Angebote macht, die durch Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt oder öffentliche Beschäftigungsverhältnisse den sozialen Abstieg verhindern, beziehungsweise neue Perspektiven eröffnen.

Die Teilnahme an gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten kann für die Teilnehmer nur eine Übergangslösung sein. Die angebotenen Zuverdienstmöglichkeiten dürfen keine regulären Arbeitsangebote verdrängen.

Wir erwarten deshalb von der Bundesregierung, dass sie bereit ist, das Hartz IV-Gesetz und dessen Umsetzung zu korrigieren, wo es zu unzumutbaren Härten insbesondere für Arbeitslose in Ostdeutschland kommt. Dies gilt hauptsächlich für die Anrechnung der privaten Altersvorsorge und die Gestaltung von Zumutbarkeitsregelungen. Die Bundesregierung muss alles in ihren Möglichkeiten stehende tun, um ausreichende Arbeitsangebote in Ostdeutschland zu fördern. Der Unterschied beim Arbeitslosengeld II (345 Euro West zu 331 Euro Ost) muss ausgeglichen werden.

Wir wollen Armutslöhne verhindern. Bereits jetzt ist die Situation im Osten Deutschlands dadurch geprägt, dass an einigen Stellen Tariflöhne gezahlt werden, die unter der Schamgrenze liegen. Von 3,18 Euro, die zum Beispiel eine Frisörin in Erfurt bekommt, kann niemand leben. Andere Länder in Europa haben dem Abdriften in Armutslöhne inzwischen erfolgreich einen Riegel vorgeschoben. Es ist an der Zeit, dass wir auch in Deutschland Mindestlöhne gesetzlich festlegen. Wer den ganzen Tag arbeitet, muss soviel verdienen, dass er von seiner Arbeit leben, dass heißt auch am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann.

III. Neue Ideen für ein erfolgreiches Thüringen

Die CDU-Landesregierung hatte und hat keine erkennbaren inhaltlichen Konzepte für die Weiterentwicklung unseres Landes in schwerer Zeit. Der Ministerpräsident wird die Landesregierung durch die Einhaltung leichtfertiger und rechtlich wie finanziell nicht abgeprüfter Wahlversprechen (z.B. bei Wasser/Abwasser) über lange Zeit beschäftigen. Sie wird dafür erhebliche finanzielle Mittel des Landeshaushaltes einzusetzen haben, die für die so wichtigen Zukunftsinvestitionen – zum Beispiel in Forschung und Entwicklung sowie die Neueinstellung von Lehrern und Polizeibeamten – fehlen werden.

Die wirtschaftspolitische Bilanz der Regierung Althaus ist negativ. Die Firmenpleiten in Thüringen halten an, echte Neuansiedlungen sind Ausnahmen. Die Abwanderung unserer Jugend in die alten Bundesländer schreitet unvermindert fort. Eine neue, gezielte Politik der Wirtschaftsförderung, konzentriert auf Zukunftsbereiche von ausgewählten Strukturen, gibt es nicht.

Die Thüringer SPD wird die Defizite in der Bilanz der Landesregierung stetig und klar aufzeigen, Vorschläge machen und Initiativen ergreifen, um deutlich zu machen, dass es zur Politik der CDU im Land Alternativen gibt.

Wir wollen, dass Thüringen vorankommt und wieder mehr Menschen ihre Perspektive hier in Thüringen sehen. Thüringen hat die besten Voraussetzungen, ein Vorreiter unter den Bundesländern zu sein. Wir wollen deshalb ein neues Erfolgsmodell für Thüringen ausarbeiten.

- Erstklassige Bildungspolitik ist für uns der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft. Damit Thüringen im nationalen und internationalen Bildungsvergleich an die Spitze kommt, muss das Bildungswesen umgestaltet werden und mehr Geld in die Bildung fließen. Bereits die Thüringer Kindertagesstätten müssen in ihrer Bildungsfunktion gestärkt und die dort tätigen Pädagogen auch durch bessere Aus- und Weiterbildung unterstützt werden. Wir wollen, dass die Schulstrukturen schrittweise so modernisiert werden, dass längeres gemeinsames Lernen möglich wird. Unser Ziel bleibt es, erst nach Klassenstufe 8 in unterschiedliche Schullaufbahnen zu differenzieren. Gleichzeitig setzen wir uns für einen Unterricht, der besser auf die Stärken und Schwächen der Kinder eingeht, und für schulische Ganztagsangebote ein, die zusätzliche Zeit zum Lernen sichern.
- Die Thüringer SPD wird das Thema Familie ins Zentrum ihrer sozialpolitischen Initiativen rücken. Wir wollen, dass Thüringens Familien eine bessere Unterstützung und klare Mitspracherechte erhalten und die Städte und Gemeinden familienfreundlicher werden. Eltern in Thüringen wünschen sich, Familie und Beruf miteinander zu verbinden. Wir machen uns auch deshalb stark für eine bedarfsgerechte Ganztagsbetreuung – von der Ganztagschule und bis zu Kinderbetreuungsangeboten. Familien sollen auch im Alter, bei Krankheit und in schwierigen Phasen zusammenstehen. Wir werden die Landesregierung in die Pflicht nehmen und ein Freistellungsgesetz für die Pflege Schwerkranker und Sterbender durch ihre Angehörigen auf den parlamentarischen Weg bringen und uns generell für einen besseren beruflichen Wiedereinstieg nach Familienphasen einsetzen. Wir wollen den Kinder- und Jugendschutz stärken und die Förderung der jungen Menschen intensivieren. Als spezifisches Angebot der Jugendhilfe soll die Jugendberufshilfe ausgebaut werden, die für eine bessere berufliche Integration benachteiligter junger Menschen sorgt. Wir werden erneut ein Landesgleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen in den Landtag einbringen.
- Thüringen braucht eine Wirtschaft, die mehr Menschen Arbeit gibt und in der die Unternehmen mit der Entwicklung international mithalten können. Die Wirtschaftsförderung muss deshalb neben der Ansiedlung neuer Unternehmen stärker als bisher den bestehenden Unternehmen helfen, sich dauerhaft am Markt zu behaupten. Wer die Thüringer Unternehmen stärken will, muss ihnen bei der Suche nach Finanzierungsinstrumenten zur Seite stehen. Wichtige Unterstützung erwächst aber auch aus dem Ausbau von Forschungskapazitäten und der Kooperation in Netzwerken. Wirtschaftsförderung und Investorenwerbung in Thüringen müssen künftig so organisiert werden, dass Interessierte von einer Anlaufstelle – dem so genannten One-Stop-Office – alle Unterstützung erhalten. Die Wirtschaftsförderung muss so gestaltet werden, dass eine öffentliche Förderung von Billiglohnarbeitsplätzen und Tarifbruch verhindert werden.

- Immer notwendiger wird es, die Förderpolitik neu auszurichten. Wer allen alles verspricht, wird nichts erreichen. Wir wollen stattdessen eine Konzentration auf Wachstumskerne und Erfolg versprechende Branchen, in denen zukunftsfähige und sichere Arbeitsplätze entstehen. Nur so schaffen wir wieder Perspektiven – vor allem für die Jüngeren. Dabei wird keine Region abgehängt, sondern durch eine spezifische Unterstützung zur Weiterentwicklung motiviert.
- Thüringen liegt nicht nur in der Mitte Deutschlands, sondern seit Mai 2004 auch im Zentrum der europäischen Union. Die Thüringer SPD wird gemeinsam mit der Bundesregierung alles Mögliche unternehmen, damit auch nach 2006 Thüringen wie die anderen neuen Bundesländer eine möglichst hohe Förderung der EU für seinen Aufbau erhält. Eine einheitliche Europäische Sozialpolitik zum Nutzen aller Menschen, besonders aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist unser Ziel. Darüber hinaus müssen die Europäische Integration, besonders der zehn neuen Mitgliedsländer, und das Erleben der Europäischen Verfassung auch in Thüringen vorangetrieben werden. Toleranz und Europa beginnt hier vor Ort.
- Thüringen besitzt eine reiche landschaftliche Schönheit, historische Bauten, Orte der Kunst und Kultur sowie unschlagbare Reize als Sportland. Die touristische Vermarktung liegt aber noch immer weitgehend brach. Wir müssen aus der Einmaligkeit unseres Freistaates stärker Kapital schlagen. Hier liegt Potenzial für Wachstum und Beschäftigung. Die Landesregierung muss Tourismusförderung endlich als Wirtschaftsförderung begreifen und Thüringen besser vermarkten. Die SPD wird außerdem die weitere Verbesserung der touristischen Infrastruktur einfordern. Der Ausbau soll die Sanierung von Freibädern, das Erweitern des Radwegenetzes, der Wasserwanderrouen und der Verkehrswege in den Tourismusgebieten sowie die Verbesserung der Wintersportmöglichkeiten umfassen. Die Unterstützung für unsere Theater, Museen und anderen Kulturgüter gehört ebenfalls dazu.
- Erfolgreiche Wissenschaftspolitik stärkt den Standort Thüringen – nicht nur in Bezug auf die Hochschulen und Forschungseinrichtungen, sondern auch und gerade in der Wirtschaft und in den Chancen für Neuansiedlungen von Unternehmen. Wir achten deshalb darauf, dass unsere Hochschulen in Zeiten knapper Kassen nicht durch die Landesregierung im Stich gelassen werden. Die Thüringer Hochschulen brauchen eine bessere finanzielle Grundausstattung. Der Zugang zur Hochschule muss auch in Zukunft unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten des Einzelnen gewährleistet werden. Forschungspolitik in Thüringen braucht wieder klare Konzepte, Transparenz und wirksame Förderinstrumente. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch unsere außeruniversitären und wirtschaftsnahen Forschungseinrichtungen eine gesicherte finanzielle Grundlage erhalten. Wir plädieren für ein Landesforschungsprogramm, um den Standort Thüringen zu stärken. Es soll Grundlagenforschung, Nachwuchsförderung und gemeinsame Forschung von Hochschulen, Unternehmen und Forschungseinrichtungen als sogenannte Verbundforschung wieder effektiv miteinander verbinden.
- Mobilität ist gerade auch im Flächenstaat Thüringen ein hohes Gut. Mobilität bildet für viele Thüringerinnen und Thüringer eine wesentliche Voraussetzung für die aktive Teilnahme am Erwerbsleben und die Freizeitgestaltung. Thüringen benötigt ein leistungsfähiges Verkehrsnetz, in dem die verschiedenen

öffentlichen und individuellen Verkehrsträger ihre spezifischen Vorteile voll zur Geltung bringen können. Im Hinblick auf den Fernbahnverkehr fordern wir die Erhaltung und Vervollständigung des Streckennetzes. Insbesondere die ICE-Anbindung der Landeshauptstadt in Richtung Süden muss – gerade auch vor dem Hintergrund der baulichen Aufwertung des Erfurter Hauptbahnhofes – zügig fertiggestellt werden. Der Ausbau der Mitte-Deutschland-Bahn ist weiter vorrangiges Anliegen der Thüringer SPD.

- Thüringen braucht dringend eine Verwaltungsreform. Zentrale Kriterien müssen dabei Bürgerfreundlichkeit, Effizienz und Transparenz sein. Wir wollen weg von der derzeit dreistufigen Verwaltung – Ministerien, Landesverwaltungsamt, kommunale Gebietskörperschaften – hin zur Zweistufigkeit. Wir wollen auch, dass die Gesetzgebung auf Landesebene sowie alle Förderprogramme auf ihre Notwendigkeit und Zielrichtung überprüft werden. Ein Schwerpunkt muss die deutliche Vereinfachung bei Förderanträgen sein. Wir streben ebenfalls ein einheitliches Dienstrecht für den gesamten öffentlichen Dienst an und bauen auf Kooperation mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Deshalb nimmt ein langfristiges Personalentwicklungskonzept eine zentrale Stelle in unseren Überlegungen ein. „Mehr Demokratie wagen“ – unter diesem Leitmotiv will die Thüringer SPD die Bürgerinnen und Bürger stärker in die politische Gestaltung einbeziehen. In diesem Sinne wird die SPD im Parlament weitere Initiativen für mehr Möglichkeiten der direkten Demokratie – insbesondere für die kommunale Ebene – in Angriff nehmen. Wir werden ein Informationsfreiheitsgesetz in den Landtag einbringen, um für die Bürgerinnen und Bürger ein allgemeines Recht auf Einsicht in behördlichen Akten sichern.
- Die CDU hat mit ihrer Politik das Vertrauen in die Thüringer Polizei und den Verfassungsschutz untergraben. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger wieder Vertrauen in die Innen- und Sicherheitspolitik gewinnen können. Die Polizisten im Freistaat gehören noch immer zu den bundesweit am schlechtesten bezahlten. Wir werden darauf achten, dass sowohl die Ausbildungssituation aber auch die Situation bei den Beförderungen möglichst schnell verbessert wird. Nur mit hoch motivierten und gut ausgestatteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden wir die aktuellen Anforderungen an die innere Sicherheit meistern.
- Bei der Auseinandersetzung um Wasser- und Abwasserpreise wird sich die Thüringer SPD dafür stark machen, dass es nicht zu flächendeckenden Gebührensteigerungen kommt. Bei der Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes werden wir nur solche Änderungen mittragen, die diesem Prinzip folgen. Wir wollen die Zahl der Zweckverbände deutlich reduzieren und die Wirtschaftlichkeit der Zweckverbände und die Transparenz ihrer Entscheidungen verbessern.

Die Bürgerinnen und Bürger Thüringens wollen gerade in dieser von Existenzängsten geprägten Zeit weder Anbieterung noch Ausgrenzung im Verhältnis zu den politischen Gegnern. Deshalb stehen wir als Thüringer SPD mit der CDU und der PDS sowie den anderen demokratischen Parteien, Freien Wählern und Bürgerinitiativen im Wettbewerb um das Ringen nach besten Lösungen für das Land und seine Menschen.

IV. Der Kommunalpolitik neues Gewicht geben

Für die Thüringer SPD muss künftig die Kommunalpolitik eine größere Rolle spielen. Die Stärkung der Landkreise, Städte und Gemeinden im Freistaat soll ein Schwerpunkt der Arbeit der SPD werden. Die Finanzausstattung der Kommunen, das Thema Wasser/Abwasser und der Ausbau der kommunalen Infrastruktur stehen dabei im Mittelpunkt. Denn: Nur leistungsfähige Kommunen mit effizienten Verwaltungen sind in der Lage, die Aufgaben der Zukunft zu bewältigen.

Die Kommunen dürfen nicht weiter mit staatlichen Aufgaben überlastet werden. Ihre Finanzkraft muss stabilisiert werden. Denn sichere Finanzen sind die Grundlage für die kommunale Selbstverwaltung. Es muss Schluss sein mit der Bevormundung der Kommunen durch die Förderpolitik des Landes. Wir brauchen eine Investitionspauschale für die Kommunen

Die Thüringer SPD fordert eine nachvollziehbare Aufgabenanalyse mit klaren Kriterien, damit der Kommunale Finanzausgleich gerechter und transparenter wird. Wir machen uns dafür stark, die bestehenden Belastungen gerecht und auf die Aufgaben bezogen zwischen Land und Kommunen zu verteilen und über das Thüringer Finanzausgleichsgesetz abzudecken. Ein angemessener finanzieller Spielraum für freiwillige Aufgaben der Kommunen muss erhalten werden. Wir wollen verhindern, dass weitere Schwimmbäder, Museen oder Bibliotheken von den Kommunen geschlossen werden müssen.

Um den hohen Stellenwert der Kommunalpolitik in unserer eigenen Arbeit stets im Blick zu behalten, suchen wir nach neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen Landes- und Kommunalpolitikern. Innerhalb des neu gewählten Landesvorstandes wird dazu eine Projektgruppe eingerichtet, deren Aufgabe es unter anderem ist, die Unterstützung bei den Wahlen der Landräte und Oberbürgermeister 2006 landesweit zu koordinieren.

V. Mehr Bürgernähe und Bodenhaftung entwickeln

Wir wollen unsere Arbeit vor Ort intensivieren. Dazu gehört, dass wir Bürgeranliegen schneller aktiv aufgreifen. Unser Ziel dabei bleibt, Lösungen für Probleme vor Ort aufzuzeigen. Darüber hinaus müssen wir aber auch bereit sein, berechtigten Anliegen von Bürgern eine Stimme zu geben, auch wenn wir noch keine fertigen Lösungskonzepte anbieten können.

Die Regionalgeschäftsstellen und Abgeordnetenbüros müssen noch effektiver für die Arbeit vor Ort genutzt werden. Trotz schwieriger finanzieller Situation und einer geringeren Zahl von Abgeordneten nach der Landtagswahl wollen wir weiterhin überall in Thüringen präsent sein. Büros der SPD und ihrer Abgeordneten sollen echte Servicebüros sein – für die Bürger, aber auch für unsere Mitglieder. Hilfeleistung, Beratung und Betreuung stehen dabei im Mittelpunkt. Alle Mitarbeiter müssen sich dieser Aufgabe stellen.

Wir wollen aktive Bürger für die SPD gewinnen. Gleichzeitig sollen alle bisherigen Erfahrungsträger intensiv in die Parteiarbeit eingebunden werden, auch wenn durch das Kommunalwahlergebnis einige ihre Mandate verloren haben. Dieses Potenzial darf

nicht verloren gehen, es muss genutzt werden. Hierbei kommt auch der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) eine große Bedeutung zu.

Die Mitgliederwerbung und Betreuung muss wieder stärkeres Gewicht bekommen. Dazu soll die bestehende Projektgruppe des Landesvorstandes gestärkt werden.

Das Engagement unserer Mitglieder in den Vereinen vor Ort soll verstärkt werden. Über diesen Weg kann es uns gelingen, verlorenes Vertrauen wieder neu aufzubauen: durch eine überzeugende Arbeit vor Ort.

Die Regionalausgabe des „Vorwärts“ soll diese Aktivitäten vor Ort begleiten und stärker publizieren. Hierzu ist es notwendig, eine Redaktion zu bilden.